

vor Profit rangiert. -st-

\* (24)

#### Verleihung des Mao Dun-Literaturpreises

Im Dezember 1985 wurde zum zweitenmal der Mao Dun-Literaturpreis verliehen. Ausgezeichnet wurden die drei Romane "Der Gelbe Fluß fließt nach Osten" von Li Zhun (1. Bd. 1979, 2. Bd. 1984), "Schwere Flügel" von Zhang Jie (rev. Ausgabe 1984, dt. Übers. 1985 im Hanser Verlag) und "Der Glocken- und Trommelturm" von Liu Xinwu (1984). Der Literaturpreis, mit dem alle drei Jahre die besten Romane ausgezeichnet werden und der in China als der begehrteste Literaturpreis gilt, wurde von dem 1981 verstorbenen Romancier Mao Dun gestiftet. Die diesmalige Auswahlkommission bestand aus 20 Mitgliedern und wurde von dem Vorsitzenden des Chinesischen Schriftstellerverbandes Ba Jin geleitet. Die drei Romane wurden unter 450 Romanen der Jahre 1982-84 ausgewählt. "Der Gelbe Fluß fließt nach Osten" schildert die Verwüstungen, die ein von den Guomindang-Truppen zerstörter Deich des Gelben Flusses in der Provinz Henan anrichtete; mit diesem Vorfall des Jahres 1938 wurde der vergebliche Versuch unternommen, den weiteren japanischen Vormarsch aufzuhalten. "Schwere Flügel" spielt in den ersten Reformjahren nach Maos Tod und befaßt sich mit den Anfängen der Wirtschaftsreformen in einer Automobilfabrik. "Der Glocken- und Trommelturm" beschreibt die sozialen Veränderungen, die sich in den letzten Jahren im Leben und in den Auffassungen der Beijinger Bürger, die um den Glocken- und Trommelturm herum leben, vollzogen haben.

Die Literaturkritiker haben bei dieser Gelegenheit betont, daß die letzten Jahre seit Gründung der Volksrepublik in bezug auf neue Romanliteratur die besten gewesen seien, und zwar sowohl was die Produktion angeht, die alle bisherigen Rekorde bricht, als auch was die zunehmende Vielfalt an Themen und Formen angeht (XNA, 14. u. 18.12.85; GMRB, 13. u. 18.12.85).

Hauptredner anlässlich der Preisverleihung war der bekannte Literaturkritiker Feng Mu, einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes. Der Wortlaut seiner Rede wurde in der Guangming-Zeitung vom 18.12.85 abgedruckt. -st-

\* (25)

#### Feng Youlan neunzig Jahre

Der bekannte chinesische Philosoph Feng Youlan feierte Anfang Dezember 1985 in Beijing seinen neunzigsten Geburtstag. Über achtzig chi-

nesische und ausländische Gäste, darunter seine Kollegen und Schüler, waren zu einem Empfang geladen, den das philosophische Seminar der Beijing-Universität aus diesem Anlaß gab. Professor Feng kann auf eine sechzigjährige Lehr- und Forschungstätigkeit zurückblicken. Er gründete eine eigene Schule, die man als neuen Rationalismus bezeichnet, akzeptierte nach 1949 jedoch den Marxismus. Seine in aller Welt bekannte "Neue Geschichte der chinesischen Philosophie", an der er auch jetzt noch arbeitet, sei das Ergebnis seines mühsamen Studiums des Marxismus, heißt es. Zur Zeit wird eine Gesamtausgabe seiner Werke in 14 Bänden herausgegeben, von denen der erste Band bereits erschienen ist. Feng Youlan graduierte 1919 am philosophischen Seminar der Beijing-Universität und erwarb seinen PhD 1923 an der Columbia University (XNA, 5.12.85).

Feng Youlan gehört zweifellos zu den bekanntesten chinesischen Philosophen der Gegenwart. Sein Ruhm wurde durch die genannte Geschichte der chinesischen Philosophie begründet, die auch im Ausland als Standardwerk gilt. Freilich war sein Verhältnis zum Marxismus ein schwieriges, weshalb Feng auch wiederholt die Kritik der Partei auf sich zog. Es ist ihm anzurechnen, daß er sich dieser Kritik immer aufs neue stellte und nicht resignierte. Sein Bemühen ging dahin, im Konfuzianismus allgemeingültige Werte zu finden und für die Gegenwart gelten zu lassen. In den ersten Jahren nach Maos Tod war es still um den Gelehrten geworden, da er angeblich Kontakte zur "Viererbande" gehabt haben soll. -st-

\* (26)

#### Die Amity Foundation - eine christliche Hilfsorganisation

Seit dem Frühjahr 1985 arbeitet in der VR China eine vom Chinesischen Christenrat gegründete Stiftung namens Amity, die es sich zur Aufgabe macht, in China humanitäre Hilfe zu leisten, d.h. Projekte auf dem Gebiet des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens zu fördern. Die Stiftung wird von Protestanten innerhalb und außerhalb Chinas unterstützt, wobei die ausländische Hilfe in Hong Kong koordiniert wird. Es handelt sich um die erste christlich geprägte Institution, die mit der chinesischen Regierung und überhaupt mit einer sozialistischen Regierung zusammenarbeitet. Trotz ihres christlichen Charakters versteht sich die Organisation ausdrücklich nicht als eine Organisation der Kirche. Dementsprechend ist den ausländischen Mitarbeitern der Stiftung, unter denen sich auch Katholiken befinden, jegliche Missionstätig-

keit untersagt. Allerdings dürfen sie in China am christlichen Leben teilnehmen und erklären, warum sie Christen sind. Das erste Projekt, das im Herbst 1985 angelaufen ist, gilt dem Fremdsprachenunterricht in der Provinz Jiangsu. Im Rahmen dieses Projekts sind 22 Lehrer aus den USA, Kanada, der Bundesrepublik Deutschland und Hong Kong auf 13 Schulen in Jiangsu verteilt worden, wo sie Fremdsprachenunterricht erteilen. Demnächst sollen in drei oder vier anderen Provinzen 50 weitere Lehrer eingesetzt werden. Außerdem hat Amity von der United Bible Society die Zusage für die Einrichtung einer modernen Druckerei in Nanjing erhalten, in der vornehmlich Bibeln und christliche Literatur, aber auch andere Materialien gedruckt werden sollen (China Bulletin, Centre for Chinese Studies, Pontifical Urban University, Dec. 1985).

Die eigentümliche Stellung der Amity Foundation, die eine von Christen betriebene Institution, aber keine Organisation der Kirche ist, rührt daher, daß die christlichen Kirchen in China peinlich darauf achten müssen, nicht in die Abhängigkeit ausländischer Kirchen zu geraten. Aus diesem Grunde muß sich die Tätigkeit der ausländischen Christen auf fachliche und technische Hilfe beschränken. Auch müssen die Projekte der Allgemeinheit und nicht nur Christen zugute kommen. Dennoch zeigt das Beispiel, daß die chinesische Regierung in ihrem Modernisierungsdrang bereit ist, auch unbequeme Kompromisse einzugehen. -st-

#### AUSSENWIRTSCHAFT

\*

\*

\*\*\*\*\*

\* (27)

#### Brüsseler China-Woche "überwiegend positiv"

Die EG-Kommission in Brüssel zog eine "überwiegend positive" Bilanz der in der ersten Dezemberwoche veranstalteten europäisch-chinesischen Handelskonferenz. Der endgültige Umfang und das Volumen der zwischen der 180köpfigen Delegation der Volksrepublik und den Repräsentanten von 238 europäischen Unternehmen vereinbarten Geschäftsabschlüsse sei zunächst noch nicht abzusehen, da bei einigen Projekten weitere Verhandlungen erforderlich seien. Ersten Angaben zufolge seien bei der sechstägigen Konferenz in Brüssel zwischen 40 und 50 Abschlüsse getätigt bzw. in Aussicht gestellt worden. Die Ende der vergangenen Woche genannte Gesamtsumme der Aufträge von 120 Mio. US\$ dürfte deutlich übertroffen werden. In Brüssel wurde hervorgehoben, daß

die chinesische Delegation unter Leitung von Staatskommissar Zhang Jingfu und dem stellvertretenden Außenminister Jia Shi die Fortsetzung der chinesischen Marktöffnungspolitik mit Nachdruck bekräftigt hätten.

Es sei aber auch deutlich geworden, daß die Volksrepublik ihren Ausrüstungs- und Modernisierungsbedarf beispielsweise in den Bereichen Stahl, Metallverarbeitung, Maschinenbau, Elektronik, Chemie oder Nahrungsmittelherstellung nicht nur durch direkte Auslandsaufträge, sondern wegen mangelnder Devisen auch durch Joint Venture-Vereinbarungen decken werde. Das Ausmaß der angestrebten Firmenkooperationen sei offenbar größer als bisher vermutet.

In britischen Presseberichten war Kritik an der China-Woche geübt worden. Sie sei keine Handels-, sondern eine Investitionsveranstaltung gewesen. Entgegen den Erwartungen, so die Financial Times, seien viele der chinesischen Verhandlungspartner nur an Joint Ventures interessiert gewesen, nicht aber an Direktkäufen. Es wird ein britischer Geschäftsmann zitiert, der bemängelt, daß die Zahl der Handelsprojekte reduziert worden sei und daß viele der Projekte an Japaner vergeben worden seien. Dies sei ungünstig für die chinesische Reputation. Aus Kreisen der EG-Kommission wurde die in den britischen Presseberichten wieder-gegebene Kritik als verzerrend zurückgewiesen. Der Eindruck, wonach die EG-China-Woche keine Handels-, sondern eine Investitionsveranstaltung gewesen sei, könne allenfalls bei einzelnen Industriellen entstanden sein, die offenbar vergeblich auf ganz bestimmte Projekte gesetzt hatten.

In belgischen Industriekreisen herrschte Zuversicht über die weiteren Geschäftsmöglichkeiten in China. Nachdem Belgien in Kernsektoren, wie Telekommunikation oder Chemie, bereits seit einigen Jahren stark in der Volksrepublik engagiert sei, könne nunmehr mit weiteren Aktivitäten in den Bereichen Flachglas, Textilmaschinen, Meßapparaturen oder Belüftungsanlagen gerechnet werden.

Als die wichtigsten Einzelergebnisse der China-Woche wurden der Auftrag für die BASF zum Bau von zwei Chemiewerken in Nanjing und in der Provinz Shandong sowie die Lieferung einer Oberflächenbehandlungsanlage der französischen Stahlgesellschaft Usinor an den Stahlkomplex von Wuhan bezeichnet.

Bereits seit Monaten seien Berichte über chinesische Pläne zur Ausdeh-

nung der Ausfuhren in die EG bekannt. Es überrasche nicht, daß sich die Volksrepublik von ihrer Marktöffnung u.a. auch einen höheren Absatz in der EG erhoffe, dies auch in sensiblen Bereichen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie. Während sich die chinesischen Exporte nach der Gemeinschaft im Jahre 1985 kaum geändert haben, sind die Exporte der Gemeinschaft nach China um fast 100% angestiegen. (Financial Times, 10.12.1985; NfA, 12.12.1985) -lou-

\*(28)

#### Chinesisch-internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernkraft

Am 30.12.1985 tauschten die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten von Amerika diplomatische Noten aus, womit die zwischen beiden Ländern abgeschlossene Vereinbarung zur friedlichen Zusammenarbeit im Nuklearbereich in Kraft trat. Das Abkommen stellt den Rahmen für zukünftige Verkäufe von Atomreaktoren und anderen Nuklearausrüstungen an die Chinesen dar. Es war erstmalig während des Besuchs von Präsident Reagan im Jahre 1984 in Beijing verhandelt worden, jedoch dadurch aufgehalten worden, daß im amerikanischen Kongreß Befürchtungen laut geworden waren, daß die amerikanische Nukleartechnologie dazu benutzt werden könne, anderen Nationen dabei zu helfen, nukleare Waffen zu bauen.

Der amerikanische Senator Alan Cranston hatte beispielsweise behauptet, daß China fünf Nationen helfen wolle, Nuklearwaffen zu entwickeln, nämlich Südafrika, Pakistan, Iran, Argentinien und Brasilien. Die Volksrepublik teilte mit, daß sie mit Pakistan, Brasilien, Argentinien und anderen Ländern im Bereich der friedlichen Nutzung der Nuklearenergie zusammenarbeite. China verneinte jedoch, daß eine nukleare Zusammenarbeit mit dem Iran oder Südafrika bestünde.

Beamte der amerikanischen Regierung haben angekündigt, daß sie sehr streng darüber wachen würden, was China mit der amerikanischen Technologie anfangen. Sie würden die Zusammenarbeit beenden, falls man nicht mehr sicher sein könne, daß sich die Volksrepublik an die amerikanischen Nichtweitergabe-Standards halte. Die Kraftwerk-Union (KWU), die der Siemensgruppe angehört, hofft, in wenigen Monaten einen Vertrag zur Lieferung von zwei 1.000-Megawatt-Reaktoren für ein Kraftwerk in Sunan, ca. 180 km von Shanghai entfernt, abschließen zu können.

Das mit dem Atomkraftwerk-Auftrag verbundene Gegengeschäft soll

nahe vor dem Abschluß stehen, obwohl die Metallgesellschaft in Frankfurt, die der deutsche Partner ist, bislang keine Details mitgeteilt hat. Für einen Teil des KWU-Projektes sollen viele Jahre lang Nichteisenmetalle, wie z.B. Wolfram und Chemikalien von den Chinesen geliefert werden. Die Metallgesellschaft, die den Bereich des Gegengeschäftes sehr schnell ausgebaut hat, würde weltweit Käufer für diese Materialien suchen, z.B. auch in der Pazifischen Region. Die Metallgesellschaft hat Büros in Beijing, Shanghai, Guangzhou und Shenzhen; diese Büros werden ausgedehnt.

Am 13.12.1985 wurde in Paris ein Grundsatzabkommen zwischen der Volksrepublik China und Frankreich abgeschlossen, das die Lieferung des Reaktors für das erste große Kernkraftwerk in der Bucht von Daya durch die französische Firma Framatome vorsieht. Die staatliche Electricite de France soll außerdem die Koordination des Gesamtprojektes sicherstellen, das zunächst zwei Reaktoren von je 1.000 Megawatt Kapazität umfaßt. Der konventionelle Teil des Unternehmens soll an die englische GEC vergeben werden.

Beobachter setzen allerdings Fragezeichen hinter das Projekt, vor allem was seine Rentabilität betrifft. Es scheint nämlich, daß Frankreich nicht nur außerordentlich günstige Finanzierungsbedingungen gewährte, sondern auch zu einem Preis anbot, der unter dem normalerweise von der Electricite de France bezahlten liegt. Die Chinesen hatten eine Preisreduzierung von 20% auf die französischen Ausrüstungen verlangt. Französische Quellen teilten mit, daß beide Vertragsseiten Konzessionen gemacht hätten. Das Gesamtpaket habe einen Wert von schätzungsweise 700 Mio. US\$. (AWSJ, 31.12.1985; Financial Times, 18.12.1985 u. 27.12.1985; NZZ, 17.12.1985) -lou-

\*(29)

#### IDA-Kredit für China

Die International Development Association (IDA) wird der Volksrepublik einen Kredit in Höhe von 90 Mio. US\$ bereitstellen, um landwirtschaftliche Projekte in den südöstlichen Provinzen Fujian und Hunan zu finanzieren.

Der Gesamtumfang dieser Projekte wird sich auf 257 Mio. US\$ belaufen. Diese Projekte sollen von direktem Nutzen für mindestens 74.000 chinesische Menschen sein, indem neue Arbeitsplätze geschaffen werden und das Einkommen der Arbeiter erhöht werden kann.

Der IDA-Kredit soll zusammen mit

weiteren 90 Mio. US\$ von der Landwirtschaftsbank Chinas dazu benutzt werden, über drei Jahre lang die Investitionen in Projekte der Frisch- und Salzwasser-Fischproduktion, des Anbaus von Früchten, der Tierhaltung und der Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln zu finanzieren. Bauern, ländliche Kollektive und lokale Regierungen sollen ca. 77 Mio. US\$ für das Projekt aufbringen.

Es wird technische Unterstützung geleistet, um ca. 1.500 Angestellte der chinesischen Landwirtschaftsbank auszubilden, und zwar hinsichtlich der Projektvorbereitung, der Projektbewertung und der Durchführung der Projekte. Eines der Ziele dieses Projektes besteht darin, die Effizienz des landwirtschaftlichen Sektors durch die Stärkung des Bankensystems anzuhäben und mehr Gebrauch von Krediten zu machen, anstatt Zuweisungen zur Finanzierung der Projekte zu verwenden. (XNA, 21.12.1985) -lou-

\*(30)

#### Devisenreserven wieder angestiegen

Nach statistischen Angaben, die von der Volksbank mitgeteilt wurden, betragen die gesamten Devisenreserven am Ende des 3. Quartals 1985 12,59 Mrd. US\$. Ende des zweiten Quartals 1985 betragen die Devisen 10,85 Mrd. US\$.

Chen Muhua, Präsidentin der Volksbank, teilte mit, daß der negative Trend hinsichtlich der Devisenreserven gebremst sei und daß die Situation im neuen Jahr sich verbessern werde.

Chinas Devisenreserven werden in zwei Teile geteilt: In die Reserven des Staates und diejenigen der Bank of China. Die Devisenreserven der Bank of China bis zum Ende des 3. Quartals betragen 9,2 Mrd. US\$, das waren 3,7 Mrd. mehr als gegen Ende des 2. Quartals. Die staatlichen Reserven im 3. Quartal beliefen sich auf mehr als 3,4 Mrd. US\$. Die Auslandskredite betragen gegen Ende des 3. Quartals 4,5 Mrd. US\$, im zweiten Quartal hatten sie 4,25 Mrd. US\$ betragen. Die Goldreserven blieben mit 12,67 Mio. Feinunzen unverändert. (XNA, 11.12.1985) -lou-

\*(31)

**Erste Joint Venture-Bank in Xiamen**  
Die erste chinesisch-ausländische Joint Venture-Bank wurde in der Wirtschaftssonderzone Xiamen in der Provinz Fujian gegründet, so berichtete die Volkszeitung am 29.11.1985. Die Joint Venture-Bank hat ein Kapital in Höhe von 800 Mio. HK\$ (ca. 105 Mio. US\$). Sie

wird sich mit der Devisenbeschaffung befassen; die Devisen sollen zur Finanzierung von Wirtschaftssonderprojekten in der Wirtschaftssonderzone Xiamen beitragen.

Dem neugegründeten Geldinstitut gehören auf volkschinesischer Seite die regionale Filiale der Industrie- und Handelsbank, die Immobiliengesellschaft der Wirtschaftssonderzone und die regionale Investitionsbank an. Ausländischer Partner ist die Hong Kong Fanyen Ltd. Die neue Bank hat zwei Filialen, nämlich die Luso International Banking Co. in Macau und die Xiamen International Finance Co. in Hong Kong. (RMRB, 29.11.1985; XNA, 29.11.1985) -lou-

\*(32)

#### Großbritannien stellt günstige Kredite für China zur Verfügung

Wie das britische Regierungsmitglied, Lord Young, nach einer Reise nach China in Hongkong mitteilte, wird Großbritannien der Volksrepublik China 100 Mio. Pfund Sterling als "weichen" Kredit zur Verfügung stellen, um britische Exporte nach China zu unterstützen. Bereits Anfang 1985 waren 100 Mio. Pfund zu diesem Zweck bereitgestellt worden. Hilfe dieser Art, ein Teil davon wird durch britische Banken bereitgestellt, würde die Volksrepublik zu einem der wichtigsten Empfänger von Finanzhilfen machen, die durch die Overseas Development Association (ODA) verwaltet werden.

Das gegenwärtige Kreditangebot von 100 Mio. Pfund hat eine Laufzeit von 20 Jahren, eine zins- und tilgungsfreie Periode von 5 Jahren und eine Zinsrate von 5% pro Jahr.

Unter den Großprojekten, die mit dieser Kreditfazilität finanziert werden sollen, befindet sich ein kohlebefeuetes Kraftwerk, die Wiederausrüstung eines Traktorenwerkes sowie vier weitere Vorhaben im Bereich Ausrüstungen und Maschinen. (Financial Times, 18.12.1985) -lou-

\*(33)

#### Deng fordert Handelsbilanzgleich mit Japan

Nach einer Meldung des Asian Wall Street Journal äußerte sich Deng Xiaoping gegenüber einer Delegation der Japanese Association for the Promotion of International Trade über den bilateralen Handel. Er sagte, eine Korrektur des gegenwärtigen Ungleichgewichtes im Außenhandel sei erforderlich für die weiteren wirtschaftlichen Kontakte. Falls dieses Ungleichgewicht nicht korrigiert würde, sei es für die Volksrepublik unmöglich, die Wirtschaftskontakte mit Japan wei-

ter auszudehnen. Ein bis zwei Jahre könne China mit einem Handelsbilanzdefizit mit Japan leben, doch gewiß nicht ein drittes Jahr.

1984 hatte der japanische Handelsbilanzüberschuß im Verkehr mit China 2 Mrd. US\$ betragen, obgleich japanische Quellen nur ein Volumen von 1,2 Mrd. US\$ nennen. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1985 war der Handelsbilanzüberschuß Japans jedoch auf 4 Mrd. US\$ gestiegen.

Die Verringerung des Handelsbilanzdefizits wird auch durch die Verringerung japanischer Lieferungen erreicht werden können. Japan wird nach den Erwartungen der großen Auto-Produzenten 1986 vermutlich 80% weniger Autos nach China liefern können als 1985. Für 1985 wird mit einem China-Export von 250.000 Autos gerechnet. Die chinesische Regierung hatte aber kürzlich beschlossen, keine Lieferverträge für japanische Autos mehr abzuschließen, um Devisen zu sparen. Die japanischen Hersteller erwarten in naher Zukunft allenfalls noch Verträge über einige Hundert Autos. Seit dem Spitzenergebnis von 32.000 nach China gelieferten Fahrzeugen im März 1985 ging der monatliche Absatz ständig zurück. Im Oktober 1985 waren es noch rund 10.000 Fahrzeuge. (AWSJ, 4.12.1985; Nihon Keizai, 9.12.1985, zit. nach Ostinformationen, 10.12.1985) -lou-

\*(34)

#### Ausweitung des chinesisch-sowjetischen Handels

Der Außenhandelsumsatz zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China soll im Planjahr fünf 1986-1990 auf 35 Mrd. Schweizer Franken - der vereinbarten Währungsbasis im bilateralen Warenaustausch - zunehmen, nachdem das Handelsvolumen zwischen 1981 und 1985 rund 10 Mrd. Schweizer Franken erreicht haben soll. Allein 1985 betrug der Außenhandelsumsatz zwischen den beiden Ländern 4,6 Mrd. Schweizer Franken; das bedeutet den höchsten Stand seit 25 Jahren. Während der Anteil Chinas am Außenhandel der UdSSR sich 1984 auf 0,7% stellte, betrug der sowjetische Anteil am Außenhandel der VR 2,3%. Entsprechend dem vereinbarten Handels- und Zahlungsabkommen für 1986-1990 soll auch der chinesisch-sowjetische Grenzhandel in der Provinz Heilongjiang sowie der Inneren Mongolei einerseits und den fernöstlichen Regionen und Bezirken der UdSSR andererseits, der erst etwa Anfang 1983 wieder aufgenommen worden war, mit hohen Zuwachsraten steigen.

Über das Handelsabkommen für 1986-1990 hinaus, das im Juli 1985

in Moskau unterzeichnet worden war, wurde erstmals wieder eine bilaterale Übereinkunft über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit bei Bau- und Modernisierung von Industrieobjekten in China für die genannte Laufzeit geschlossen. Dabei sollen sieben Objekte neu errichtet und 17 weitere aus den Bereichen Energie, Eisen und Stahl, NE-Metalle, Maschinenbau, Kohle und Chemie modernisiert werden. Es handelt sich dabei in der Regel um Vorhaben zur Umrüstung von Betrieben, die in den 50er Jahren mit sowjetischer Hilfe errichtet worden waren. Die Kammer für Handel und Industrie der UdSSR und das Allchinesische Komitee für die Förderung des Welthandels haben im September 1985 ein Abkommen über den Austausch von Wirtschaftsinformationen und die Verstärkung der Zusammenarbeit im Messe- und Ausstellungswesen unterzeichnet.

China wird 1986 bis 1990 aus der Sowjetunion u.a. Ausrüstungen für den Kraftwerksbau, für Tagebau- und Hochspannungsleitungen, ferner Anlagen für die Rekonstruktion von Betrieben der Metallindustrie, des Maschinenbaues, der chemischen und der Kohleindustrie sowie Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, Landmaschinen, Holz, Zement und Chemierzeugnisse beziehen. Zu den chinesischen Lieferungen in die UdSSR gehören Wolfram, Erdgas, Sojabohnen und andere Agrarprodukte, Baumwollstoffe, Konsumgüter sowie Erzeugnisse der chemischen Industrie und des Maschinenbaues.

China steigerte die Ausfuhren von Textilerzeugnissen und Bekleidung in die Sowjetunion und die Ostblockländer seit dem Beginn des Jahres 1985 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 76% auf über 600 Mio. US\$. Noch vor drei Jahren hatten die Exporte dieser Erzeugnisse in die Sowjetunion und die sozialistischen Länder nur 130 Mio. US\$ betragen. (NFA, 17.12.1985, Agence France Presse, 17.12.1985) -lou-

WIRTSCHAFT

\*  
\*  
\*\*\*\*\*

\*(35)

Staatliche Unternehmen können geleast werden

Komplette Unternehmen im Staatsbesitz können nun auf dem Wege des Leasing in kollektive bzw. private Hände übergeben werden. In einem Artikel in der Volkszeitung nehmen zwei Autoren zu der neuen Form des Leasing Stellung. Es folgen Auszüge aus dem Artikel:

Nach der jetzigen Praxis unterscheidet sich die Leasing-Form von der traditionellen Form des Leasing und dem sogenannten vertraglichen Betreiben von Unternehmen. Die neue Form hat ihre eigenen bestimmten Charakteristika, und zwar im wesentlichen drei. Zunächst einmal werden ganze Unternehmen geleast, während nach der traditionellen Form des Leasing Objekte des Anlagevermögens geleast wurden. Mit anderen Worten, der Vertreter der betreffenden staatlichen Abteilung least ein komplettes Unternehmen an Privatpersonen oder schreibt es öffentlich aus. Deshalb ist das Objekt dieser Form des Leasing tatsächlich das Eigentum an dem Unternehmen, d.h., das Recht, über Arbeiter und Angestellte und über Vermögenswerte des Unternehmens zu entscheiden. Obgleich, zweitens, der Leasingnehmer die Entscheidungsgewalt zum Betrieb des Unternehmens hat, übernimmt er die Verantwortlichkeit und die Verpflichtungen, wie sie im Vertrag vorgesehen sind. Die Entscheidungsmacht des Leasingnehmers ist auf den Vertrag begrenzt und er kann diese Entscheidungsmacht nicht soweit ausdehnen, wie er möchte, solange der Mietzins gezahlt wird. Drittens muß nach der traditionellen Form des Leasing der Leasingnehmer nur den Mietzins an den Leasinggeber zahlen, unter der neuen Form jedoch muß der Leasingnehmer einen Teil der Gewinne, die er erzielt, neben dem Mietzins an den Leasinggeber zahlen.

Während der Leasingperiode sollte der Leasingnehmer nicht nur sicherstellen, daß das ursprüngliche Anlagevermögen des Unternehmens an Wert nicht abnimmt, er sollte auch das Unternehmen technisch in geplanter Weise umformen, um den Produktionsumfang auf einer neuen Basis zu erweitern, wie dies im Vertrag vorgeschrieben ist. Die für die Durchführung der technischen Umformung und die Erweiterung der Produktion notwendigen Fonds sollten durch den Leasingnehmer selbst aufgebracht werden; das verbesserte Anlagevermögen sollte gebührenfrei an den Leasinggeber zurückgegeben werden, wenn die Leasingperiode ausläuft. Dies wird sicherstellen, daß das technologische Niveau und die Produktionskapazität des zurückgegebenen Unternehmens höher sein wird als zu dem Zeitpunkt, als das Unternehmen geleast wurde.

Verglichen mit dem sogenannten vertraglichen Betreiben eines Unternehmens besteht ein charakteristischer Unterschied der Leasingprozedur darin, daß der Leasingnehmer volle Verantwortlichkeit für Gewinne und Verluste des Unternehmens übernimmt. Nur wenn der

Leasingnehmer die im Vertrag vorgeschriebenen Gewinnziele, die auf einer gewissen Basis bestimmt worden sind, erfüllt oder übererfüllt, kann er ein großes Einkommen beziehen. Falls dies nicht so ist, muß der Leasingnehmer den nicht erfüllten Anteil besteuern und sogar das Risiko übernehmen, als Ergebnis der Rückzahlung von Schulden in Konkurs zu gehen. Da dies so ist, enthält die Leasingprozedur selbst ein gewaltiges Risiko, die den Leasingnehmer zwingen wird, die Verantwortlichkeit in Produktions- und Geschäftsaktivitäten zu übernehmen. Auf diese Weise kann die Leasingprozedur die Rolle übernehmen, die das vertragliche Betreiben eines Unternehmens nicht spielen konnte.

Das Leasing wird als Fortschritt gegenüber früheren Zeiten verstanden. So heißt es in dem Artikel weiter: Erstens, das Leasing wird dazu beitragen, das Verhältnis von Staat und Unternehmen besser zu koordinieren. In der Form des Leasing können die verschiedenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Staat und dem Unternehmen auf Vertragsbasis gestaltet werden. Der Leasinggeber, der den Staat repräsentiert, und der Leasingnehmer sind zwei gleiche Vertragsparteien; jede Seite muß eine gewisse Verantwortlichkeit übernehmen, keine Seite sollte irgendeinen Vorwand dazu benutzen, die Gegenseite zur Annahme irrationaler Bedingungen zu bewegen. Im Falle von Vertragsbruch können beide Parteien an höhere Autoritäten appellieren und die Einhaltung der Vertragsbestimmungen fordern.

Zweitens, das Leasing wird die Rolle des Marktes stärker ins Spiel bringen. Eine der wichtigsten Charakteristika der Warenwirtschaft besteht darin, daß die horizontalen Beziehungen zwischen den Unternehmen nun in enger Weise durch den Markt hergestellt werden. Der Direktor eines Leasingunternehmens wird aus einer Reihe von Wettbewerbern aus der Gemeinschaft gewählt und nicht länger - wie zuvor - durch übergeordnete Behörden ernannt. Die Kriterien für die Wahl eines Fabrikdirektors sind sein Wissen, seine Kenntnisse und die Fähigkeit zu organisieren und zu leiten sowie seine politische Integrität; Alter und Rang spielen keine große Rolle mehr.

Drittens, das Leasing macht es möglich, das System, nach dem der Fabrikdirektor volle Verantwortlichkeit übernimmt, effizienter einzuführen. Die Führungsgruppe des Unternehmens wird durch den Direktor gebildet, der die wichtigsten Mitglieder der Gruppe ernannt. Auf diese Weise hat sich innerhalb des